

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 31 (1984)
Heft: 1-2

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischenbericht über den Stand des Zivilschutzes ging in etwas mehr als zwei Stunden über die Bühne

Nationalrat wollte keine Zivilschutz-Temposteigerung

hwm. Der zweitletzte Morgen in der Wintersession im Nationalrat galt dem Zivilschutz: Zur Diskussion stand der Zwischenbericht über den Stand des Zivilschutzes. Fazit: Es ist schon viel getan worden, aber es gibt – vorab im Schutzraumbau und bei der Ausbildung – noch viel zu tun. Nur teilweise gutgeheissen wurde ein Postulat: das Ansinnen der Kommission, den Vollausbau im Zivilschutz fünf Jahre früher, also 1995, zu erreichen, wurde vom Rat mit klaren 71:19 Stimmen abgelehnt.

Die bemerkenswertesten Punkte der etwas mehr als zweistündigen Debatte über den Zwischenbericht über den Stand des Zivilschutzes, über den die Zeitschrift «Zivilschutz» mehrmals berichtet hat, waren zwei parlamentarische Vorstöße aus den Reihen der Kommission. Eine Motion, die jedoch erst im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen behandelt wird, schlägt die Neuverteilung der Bundesbeiträge so vor, dass die finanziell schwachen Kantone mehr, die finanziell starken Kantone hingegen weniger Bundesbeiträge erhalten sollen, damit das Gefälle etwas ausgeglichen wird.

Sparen voran...

Ein weiterer Vorstoss der Nationalratskommission wurde vom Rat in einem wesentlichen Teil nicht unterstützt: Kommissionsmitglied Beda Humbel (CVP/AG) erklärte, die Kommission sei mit dem Bundesrat nicht einverstanden, dass – entgegen der Konzeption 1971 – der Vollausbau von 1990 auf das Jahr 2000 hinausgeschoben werde. Das Postulat sollte dazu führen, dass das Ziel fünf Jahre früher erreicht würde.

Bundesrat Rudolf Friedrich wandte sich gegen diese Beschleunigung unter dem Hinweis auf die jährlichen Mehrkosten und die Finanzknappheit: Die schnellere Gangart hätte Mehrkosten von jährlich 30 bis 40 Millionen Franken zur Folge.

Mit 71:19 Stimmen folgte der Rat dem bundesrätlichen Sparappell (vgl. Interview mit Kommissionsmitglied Beda Humbel).

Immerhin überwies die grosse Kammer die anderen Punkte des Postulates:

- Ausgleich des unterschiedlichen Vorbereitungsstandes, der zwischen den Kantonen und innerhalb der Kantone zwischen den Gemeinden herrscht;
- gezielte Förderung der Ausbildung, insbesondere derjenigen der Kader. Dies nachdem Beda Humbel und später die Fraktionssprecher insbesondere auf die grossen Ausbildungslücken hingewiesen hatten.

Haltung der Fraktionen

Interessant waren natürlich die Haltungen der einzelnen Fraktionen, die wir nachfolgend graffit wiedergeben.

Die Zeitschrift «Zivilschutz» veröffentlichte in der Nummer 10/83 ein ausführliches Interview mit Bundesrat Rudolf Friedrich zum Fragenkomplex Zivilschutz.

● **SVP: Adolf Ogi (Bern)** verwies auf den Dissuasionseffekt auch des Zivilschutzes im Rahmen unserer Landesverteidigung. «Er weist zwei Gesichter auf: beim Ausbaustand wie auch in bezug auf die Ausbildung. Unsere Fraktion sagt ja zu den verschiedenen Anträgen der Kommission und zu einem föderalistischen Aufbau des Zivilschutzes, jedoch deutlich nein zu jeglichen Zentralisierungstendenzen.»

● **LdU (EVP): Hans Oester (Zürich)** appellierte an das Parlament, mitzuhelfen, damit beim Zivilschutz das offensichtliche Prestige-, Informations- und Motivationsdefizit abgebaut wird. Einen weiteren Punkt stelle die Ausbildung dar. Entscheidend sei die Wahl fähiger Ortschefs. Bei der Ausbildung der Kader dürfe nicht gespart werden. «Unsere Fraktion unterstützt alle Massnahmen, welche geeignet sind, den Schutz der Zivilbevölkerung in Katastrophenfällen und im Kriegsfall bestmöglich zu gewährleisten. Die Ausführung von Bundesgesetzen darf nicht im freien Belieben der Kantone liegen», meinte Oester.

● **SP: Dr. Heinz Bratschi (Bern)** unterstrich den hohen Stellenwert des Zivilschutzes für die Landesverteidigung. «Dieser spielte bisher die Rolle des Stieffkindes. Er muss allgemein, auch vom Bund, ernster genommen werden, sonst können die Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.»

Die SP unterstützte die Anträge der Kommission.

● **Lib.: Claude Massy (Waadt)** stellte fest, um die Lücken zu schliessen und den unterschiedlichen Stand zu verringern, seien noch gewaltige Probleme zu lösen. Indessen sollte man in bezug auf das Ausbauziel beim Jahr 2000 bleiben.

● **NA: Markus Ruf (Bern)** registrierte namens seiner Fraktion mit Befriedigung die Anstrengungen, welche unternommen werden, um einen bestmöglichen Realisierungsgrad der Konzeption 1971 zu erreichen. Einer glaubwürdigen Gesamtverteidigung komme namentlich angesichts der Drohung des Warschauer Paktes erste Priorität zu. Die Lücken seien so rasch als möglich zu schliessen. «Wir unterstützen das Postulat wie später auch die Motion der Kommission. Mehrkosten dürfen kein Hinderungsgrund für einen rascheren Ausbau sein», meinte Ruf.

● **CVP: Dr. Josef Landolt (Zürich)** machte auf ein Problem aufmerksam, dem bis jetzt zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei: den Wirkungen einer radioaktiven Verseuchung. «Dieses Problem muss sowohl in humanmedizinischer als auch in veterinärmedizinischer Hinsicht angegangen werden. Außerdem sind auf dem Gebiet der Ausbildung und Instruktion vermehrte Anstrengungen nötig, wobei Ungereimtheiten im Rekrutierungsbereich zu beseitigen sind. Es fehlt eindeutig an der praktischen Ausbildung und an genügend freiwilligen Frauen», sagte Landolt.

● **FDP: Dr. Willy Loretan (Aargau)** stellte fest, dem Zivilschutz komme eine hohe Dissuasionswirkung zu, obwohl wir erst etwa bei Halbzeit stünden. Die günstige Gesamtbeurteilung könne jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in ländlichen Gebieten, das heißt in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern, bis dato wenig oder nichts geschehen sei. «Dies betrifft ungefähr 1200 Gemeinden mit insgesamt rund 500 000 Einwohnern. Trotzdem ist an einer zivilen Führung und einem föderalistischen Aufbau des Zivilschutzes mit den Gemeinden als Hauptträgern festzuhalten. Eindeutig in die Verantwortung der Kantone und Gemeinden fällt die Ausbildung. Hier sind Mehrleistungen ohne

zusätzliche Subventionen möglich. Mehr Mittel sind für den Zivilschutz nicht nötig, nur eine bessere Verteilung im Sinne der Motion und des Postulates. Zivilschutz stellt eine Daueraufgabe dar, weshalb die Frage <2000 oder 1995?> etwas müssig ist. Vom Bericht nehmen wir zustimmend

Jetzt erst recht!

Gewiss: Es war eine enttäuschende Debatte an jenem grauen Dezembermorgen, als der Nationalrat über die Zivilschutzbücher ging. Gähnen nicht nur oben auf den Zuschauerängen, wo hoffnungsvolle Jugendliche vergeblich auf eine Demokratie-Live-Show warteten, zeitweilig auch gähnende Leere in den Reihen der Volksvertreter.

Die Enttäuschung ist jedoch fehl am Platz, auch wenn zweifelsohne etwa ein rascheres Tempo in Sachen Schutzplätze durchaus begrüßt gewesen wäre. Nachdem zuvor schon alles gesagt worden war, konnte von der Diskussion nichts wesentlich Neues erwartet werden. Die magere Zivilschutzdebatte hat jedoch nicht zuletzt die Öffentlichkeit über dem Umweg der Medien in Sachen Zivilschutz sensibilisiert. Und das ist schon viel, just in einer Zeit, wo schwarz-malerische Atomkatastrophenfilme die Runde machen. Im Bundeshaus wurden die Zivilschutzkarten offen und unbarmherzig auf den Tisch gelegt. Das ist das Verdienst jener Politiker, die mittels eines Vorstosses diesen Zwischenbericht forderten. Nun wissen wir, wo wir stehen. Wir wissen, dass es beileibe nicht mit allem zum besten bestellt ist. Dass es in Sachen Ausbildung hapert. Dass in einzelnen Kantonen noch nicht 50% der Bevölkerung über einen belüfteten Schutzplatz verfügen.

Aber das ist gut so. Denn jetzt können sich die verantwortlichen Politiker, denen der Zivilschutz «schnorzt» ist, nicht mehr mit dem Hinweis aus der Verantwortung stehlen, sie hätten den Überblick nicht. Knallhart ist sie jedem vor Augen – die Mängelliste. Und jeden Abend flimmern dramatische Bilder aus zahlreichen Kriegsschauplätzen in die warme Stube. Das sind die besten Voraussetzungen, damit nun ein weiterer – vielleicht entscheidender – Schritt in Richtung Verwirklichung des Konzeptes 71 getan wird.

Heinz W. Müller

und im Sinne aufbauender Kritik Kenntnis», erklärte Loretan, der sich übrigens auch gegen die anwachsende Zivilschutz-Papierflut wandte.

Gegen Schwarzmalerei

Während der Linksaussen-Block sich zum Zivilschutz nicht äusserte, bekannten sich zwei SP-Parlamentarier (Vannet und Braunschweig) als «Zivilschutz-Ungläubige».

Bundesrat Friedrich führte aus, der Zivilschutz sei letztlich die Antwort auf eine Bedrohung. «Ist ein Schutz überhaupt noch möglich? Einen absoluten Schutz gab es nie und wird es auch nie geben, wohl aber eine Minderung der Folgen des Waffeneinsatzes. Damit erfüllt der Zivilschutz auch

eine humanitäre Aufgabe. Man darf nicht immer nur mit einem totalen Atomkrieg rechnen. Der Zivilschutz ist auch keine Alternative zu Friedensbemühungen. Beides ist nötig, eine Gegenüberstellung völlig unsinnig.» Bezeichnend sei weiter, dass nun auch Frankreich, das sich bislang stets auf die Abschreckung seiner Atomwaffen verlassen hat, Anstrengungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes unternehme. Bei uns habe der Zivilschutz einen Stand erreicht, der die Verteidigungsbereitschaft ganz wesentlich steigere, selbst wenn noch Lücken geschlossen werden müssten. Es gelte, aus den vorhandenen Mitteln das Beste zu machen.

Kurzgespräch mit Nationalrat Humbel nach der Debatte

«Eine Lebensversicherung»

«Dass das Parlament unsern Antrag auf Vorverschiebung des Termins eines Vollausbaus des Zivilschutzes auf 1995 so deutlich verwarf, ist für mich eine grosse Enttäuschung», meinte unmittelbar nach der Debatte Nationalrat Beda Humbel (CVP/AG) in einem Gespräch mit «Zivilschutz»-Redakteur Heinz W. Müller. Humbel hat vor rund drei Jahren mit einem parlamentarischen Vorstoss die Ausarbeitung des Zwischenberichtes und die sich nun daraus ergebende Diskussion um den Zivilschutz ermöglicht. Er war Mitglied der entsprechenden parlamentarischen Kommission.



«Mit den Ortschefs steht und fällt der Zivilschutz»: Das sagt Nationalrat Beda Humbel.
(Bild: Hansueli Trachselt)

«Zivilschutz»: Herr Humbel, wie ist Ihre Stimmung nach der Zivilschutz-Debatte im Nationalrat? Hat die Diskussion das gebracht, was Sie sich erhofft haben?

Nationalrat Humbel: Das Postulat hat einen wichtigen Zweck erreicht, nämlich dass das Parlament einmal Gelegenheit erhielt, den Zivilschutz allein zu betrachten – als einen wesentlichen Bestandteil der Sicherheitspolitik bzw. der Gesamtverteidigung. Das war primär der Grund, weshalb ich dieses Postulat auch einreichte. Wir haben überdies nun einiges erreicht: Da ist einmal die Motion betreffend Ausgleichung des Gefälles zwischen den Kantonen, die zur Folge haben wird, dass die finanziestarken Kantone zugunsten der schwächeren zurücktreten werden. Sie ist von der Kommission Kohler, welche die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen behandelt, «telle quelle» übernommen worden.

Aber ganz zufrieden sind Sie doch nicht. Ich denke an die ablehnende Haltung des Nationalrates gegenüber einer Vorverschiebung des Termins für einen Vollausbau des Zivilschutzes.

Das war für mich wirklich die grösste Enttäuschung des Morgens, dass ein Parlament – wenn es um den Schutz der Familie geht – mit 71:19 Stimmen der Meinung ist, fünf Jahre Verzögerung fielen gar nicht ins Gewicht. Diese Mehrausgaben wären zudem verantwortbar, eine Verschuldung tragbar gewesen, weil nach dem Vollausbau nicht mehr so viele Kosten

anfallen würden. Nun hat man das Ganze einfach hinausgeschoben und riskiert zusätzlich, dass infolge der Teuerung Mehrkosten entstehen.

In Ihren Ausführungen wiesen Sie im Bereich Ausbildung/Motivation immer wieder auf die enorme Wichtigkeit der Ortschefs hin.

Mit den Ortschefs steht und fällt der Zivilschutz. Das ist wie bei einem Verein: meinetwegen kann der Präsident schlecht sein, aber alles hängt von der Motivationskraft des Oberturners oder des Dirigenten ab. Zugegeben: Ein noch so guter Ortschef kann nichts ausrichten, wenn nicht die politische Behörde entsprechende finanzielle Prioritäten setzt.

Anderseits muss das Kader unbedingt besser ausgebildet werden. Man muss an diesen zweitägigen Kursen mehr Ideen entwickeln, da wird heute noch viel gesündigt.

Schwarzmaulerische Prognosen, Studien und Filme haben zur Folge, dass nichtinformierte Bürgerinnen und Bürger nicht mehr sicher sind, ob der Zivilschutz überhaupt einen Sinn hat. Haben Sie ein Rezept parat, wie man diese Minderheit für den Zivilschutz gewinnen könnte?

Da müssen wir auf das Ausland verweisen, wo – wenn auch stark nüanciert – ebenfalls Bevölkerungsschutz betrieben wird, sogar in den Oststaaten, wo der Zivilschutz jetzt wegen

der erneuten Aufrüstung noch intensiviert wird. Wichtig erscheint mir bei uns jedoch, dass in Sachen Zivilschutz von Radio und Fernsehen objektiver und häufiger berichtet wird. Erfreulich ist hingegen die Tatsache, dass beispielsweise 1982 18500 Artikel über den Zivilschutz in den schweizerischen Zeitungen erschienen sind. Mit Tagen der offenen Tür und entsprechenden Berichten in den Medien können wir die Bevölkerung sensibilisieren.

Zivilschutz-Zweiflern kann ich überdies ganz spontan zurufen: Zivilschutz ist für mich auch eine Lebensversicherungsprämie – wie Ausgaben für die Armee oder für die Feuerwehr.

Débat sur la protection civile au Conseil national

Pas avant l'an 2000...

hwm. Le Conseil national a discuté lors de sa session de décembre le rapport intermédiaire sur l'état de préparation de la protection civile, dont la revue *Protection civile* a abondamment rendu compte. Au cours des débats, les membres de la commission et d'autres orateurs ont notamment déploré les carences en matière de formation ainsi que les différences existant entre les cantons. A cet égard, le Conseil a renvoyé la partie d'un postulat exigeant précisément un remède à ces lacunes. Une accélération de la réa-

lisation intégrale de la protection civile permettant d'atteindre l'état réglementaire non pas en l'an 2000 mais cinq ans avant, ne trouva pas grâce aux yeux des conseillers nationaux, puisque ceux-ci ont clairement rejeté cette partie du postulat. C'est ce que regrette vivement le conseiller national Beda Humbel (PDC, AG) dans une interview accordée à la revue *Protection civile*: Il est inquiétant que ce soit justement à propos des réalisations permettant d'assurer la protection des familles qu'on cherche à faire des économies, a estimé Beda Humbel, dont l'intervention parlementaire avait

déclenché en son temps la mise sur pied du rapport intermédiaire. En outre, la commission a déposé une motion qui exige des mesures de faveur pour les cantons dont l'équipement est nettement en retard sur le reste du pays, ce qui demanderait de la part des cantons les plus avancés et aux ressources financières les plus importantes de modérer leur progression. Le texte de cette motion a déjà reçu l'aval de la commission chargée de discuter d'une redistribution des tâches entre la Confédération et les cantons.

Gegen ein Obligatorium – für mehr Attraktivität

Stellungnahme des SZSV betreffend Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung

szsv. Kriege, Katastrophen und andere Notsituationen bedrohen heute die gesamte Zivilbevölkerung gleichermaßen. Die Gesamtverteidigung ist damit zu einer gemeinsamen Aufgaben von Frau und Mann geworden. Auch die Frauen haben somit ein Anrecht auf eine entsprechende Ausbildung.

Freiwillig oder obligatorisch?

Theoretisch müsste man nach den obigen Feststellungen ein Obligatorium für alle Frauen befürworten. In Wirk-

lichkeit aber ist ein so grosser Bedarf an Frauen für die Gesamtverteidigung bis heute nicht nachgewiesen. Es fehlen auch die Organisationsstrukturen und das Instruktionspersonal, so dass eine zweckmässige Ausbildung kaum gewährleistet werden könnte. Da der Vollzug der zu erlassenden Bundesgesetzgebung bei den Kantonen und Gemeinden liegen müsste, würden eventuell in den verschiedenen Teilen unseres Landes grosse Unterschiede im Realisierungsgrad auftreten. Nachdem bis heute noch lange nicht

alle Möglichkeiten der Freiwilligkeit ausgeschöpft worden sind und ein Obligatorium referendumspolitisch keine grossen Erfolgsaussichten hätte, ist es realistischer, die Anstrengungen zur Förderung der freiwilligen Mitarbeit in der Gesamtverteidigung zu verstärken. Möchte man sich für ein Obligatorium entscheiden, dann wäre noch am ehesten das Modell Nr. 5 – allerdings nur mit einem gewaltigen administrativen Aufwand und damit einer längeren Vorbereitungszeit – realisierbar.

Schlussfolgerungen

Die einzige realisierbare und gleichzeitig zweckmässige Lösung ist unseres Erachtens das Modell Nr. 5, aber auf freiwilliger Grundlage. Freiwillige Grundkurse von wenigen Tagen Dauer am eigenen Wohnort könnten den

Frauen die wichtigsten Grundlagen des Überlebens im Schutzraum oder bei anderen Notsituationen vermitteln. Samaritervereine, das Schweizerische Rote Kreuz und Zivilschutzorganisationen könnten dazu mithelfen. In kurzen, aber regelmässigen Wiederholungskursen könnte das erworbene Wissen wieder gefestigt werden. Von entscheidender Bedeutung für die Bereitschaft der Frauen zur Mitwirkung in den verschiedenen Zweigen der Gesamtverteidigung ist eine Intensivierung und Verbesserung der Information, der Motivation und der Attraktivität. Auf diesem Gebiet muss von Bund und Kantonen mehr getan werden. Direkte Appelle von Behörden kommen bekanntlich bei der Bevölkerung nicht gut an. Daher ist es erfolgversprechender, private Organisationen, wie zum Beispiel die Samaritervereine, die Rotkreuzdienste oder den Schweizerischen Zivilschutzverband – nicht nur in finanzieller Hinsicht – besser und wirksamer zu unterstützen.

Bemerkungen zu den vorgeschlagenen Modellen

Modell 1

Dieses Modell ist ungenügend. Die heute bestehenden Möglichkeiten müssten mindestens durch eine stärker motivierende Information und eine bessere und konsequenterne Ausbildung gefördert werden.

Modell 2

Eine Erweiterung der Möglichkeiten, überall, wo dies zweckmässig und sinnvoll ist, wäre zu befürworten. Alle Erweiterungen des Angebots an Freiwilligen-Ausbildungsmöglichkeiten sind zu unterstützen. Solche Angebote könnten auch von privaten Institutionen geschaffen werden.

Modell 4

Dieses Modell ist abzulehnen, weil sich das Thema Gesamtverteidigung für untere Schulstufen überhaupt nicht eignet und in höheren Stufen nicht als Fach vermittelt werden kann. Einzelne Probleme der Gesamtverteidigung können wohl in einzelnen Fächern der Mittel- und Berufsschulen behandelt werden, aber eine Motivierung der Lehrer zur Übernahme dieser Aufgabe würde besser durch die Schaffung zweckmässiger Unterrichtshilfsmittel erfolgen.

Modell 5

Befürwortet man ein Obligatorium, dann ist das Modell 5 am zweckmässigsten und am ehesten realisierbar. Mit den nötigen Anstrengungen zur

Nr.	Bezeichnung	Anteil der betroffenen Frauen	Information	Praktische Ausbildung	Einsatz Aktivdienst
Modelle, die auf der Freiwilligkeit beruhen					
1	Freiwilliger Frauendienst im bisherigen Rahmen	wenige	X	X	X
2	Erweiterung der freiwilligen Frauendienste	wenige	X	X	X
3	Freiwillige Ausbildung	wenige	X	X	0
Modelle, die auf einem Obligatorium beruhen					
4	Obligatorischer Schulunterricht	alle	X	0	0
5	Ausbildungsobligatorium für Frauen	alle	XX	XX	0
6	Dienstplicht für Frauen bestimmter Berufe	einige ¹⁾	XX	XX	X
7	Allgemeine Dienstplicht bei einmaliger Dienstleistung für die Grundausbildung	alle	X	X	X
8	Allgemeine Dienstplicht mit wiederholten Dienstleistungen	alle	X	XX	X

X = ja

XX = wiederholt

0 = nein

1) = alle in einigen Berufsgruppen

Es ist darauf hinzuweisen, dass alle Veränderungen gegenüber dem Ist-Zustand nur sukzessive eingeführt werden können.

Motivation der Frauen könnte dieses Modell auch auf einer freiwilligen Basis verwirklicht werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte aber der Attraktivität der Kurse geschenkt werden. Der administrative Aufwand und die Ausbildung der nötigen Instruktoren wären bei einer freiwilligen Basis besser verkraftbar. Zudem würde die Ausbildung bei Freiwilligen mehr Erfolg bringen als bei Frauen, die man zu solchen Kursen zwingt.

Modell 6

Aus Gründen der Rechtsgleichheit ist dieses Modell konsequent abzulehnen. Es würde auch die Attraktivität dieser Berufe noch mehr beeinträchtigen und wäre damit in jeder Beziehung kontraproduktiv.

Modell 7

Der administrative Aufwand für dieses Modell würde in keiner sinnvollen Relation zum erzielbaren Erfolg stehen. Ohne spätere Übung und Wiederholung würde das einmal aufgenommene Wissen rasch wieder verlorengehen.

Modell 8

Würde eine extreme Lösung angestrebt, so wäre das Modell 8 das wirksamste. Es ist aber aus unserer Sicht und unter den heutigen Gegebenheiten vom Aufwand her nicht realisierbar.

Contre une obligation – pour plus d'attractivité

Prise de position de l'USPC dans la consultation concernant la collaboration de la femme à la défense générale

Les guerres, les catastrophes et d'autres situations d'urgence menacent actuellement la population civile tout entière dans une mesure égale. C'est ainsi que la défense générale est devenue une tâche commune aux femmes et aux hommes. Voilà pourquoi les femmes ont également le droit de bénéficier d'une formation dans ce domaine.

Volontaire ou obligatoire?

Théoriquement, si l'on veut suivre la logique des constatations ci-dessus, il faudrait se prononcer en faveur d'une formation obligatoire pour toutes les femmes. Mais dans les faits, il n'est guère prouvé aujourd'hui que la défense générale ait un besoin aussi grand de personnel féminin. On constate également qu'il manque les structures d'organisation et le personnel d'instruction, de telle sorte qu'on ne pourrait guère garantir à toutes les femmes une formation appropriée. Comme il appartiendrait impérativement aux cantons et aux communes d'appliquer la législation à prendre, on verrait apparaître de grandes différences dans le degré de réalisation de cette formation entre les diverses parties de notre pays.

Etant donné que les possibilités n'ont vraiment pas toutes été exploitées et épousées dans le domaine du volontariat et que, par ailleurs, la formation féminine obligatoire n'aurait politiquement pas grand succès en cas de référendum, il est plus réaliste d'accroître les efforts en vue de promouvoir la collaboration volontaire des femmes. Si l'on devait cependant opter pour la solution de l'obligation, ce serait alors le modèle No 5 qui serait le mieux réalisable, mais dans tous les cas il entraînerait de considérable frais d'administration et, partant, une assez longue période de préparation.

Conclusion

A notre avis, le modèle no 5 est le seul qui constitue à la fois une solution réalisable et appropriée, à condition de l'établir sur la base du volontariat. En effet des cours de base durant quelques jours, donnés à des volontaires, au lieu de domicile, permettraient de dispenser aux femmes les principes fondamentaux de la survie dans l'abri ou lors d'autres situations d'urgence. L'Alliance des samaritains

et les organismes de protection civile pourraient fournir leur aide à cet effet. Par ailleurs on pourrait affirmer les connaissances acquises en organisant des cours de répétition à intervalles réguliers.

L'intensification et l'amélioration de l'information et de la motivation revêt une importance décisive pour la préparation de la femme à sa collaboration au sein des divers secteurs de la défense générale. A cet égard, la Confédération et les cantons doivent faire davantage. Il est bien connu qu'un appel direct des autorités ne rencontre que peu d'écho dans la population. C'est pourquoi il convient d'encourager et d'aider mieux et plus efficacement – pas uniquement sur le plan financier – des institutions privées efficaces comme l'Alliance des

samaritains ou l'Union suisse pour la protection civile.

Remarques relatives à chacun des modèles proposés

Modèle 1

Ce modèle est insuffisant. Il faudrait que les possibilités existantes soient encouragées au minimum par une information plus amplement motivée et par une instruction meilleure et mieux appropriée.

Modèle 2

Il faudrait se prononcer en faveur d'un élargissement des possibilités partout où cela serait approprié et indiqué. Toutes les solutions visant à accroître l'offre des possibilités de formation sont à soutenir. De telles offres pourraient également émaner d'institutions privées.

Modèle 4

Ce modèle doit être rejeté, car le sujet en soi de la défense générale n'est pas du tout adapté pour les cycles scolaires inférieurs et ne peut pas constituer une branche de cours dans les niveaux d'enseignement supérieur. Certains

No.	Désignation	Proportion de femmes concernées	Information	Formation pratique	Service actif
<u>Solutions basées sur le volontariat</u>					
1	Service volontaire selon la solution actuelle	peu	x	x	x
2	Service volontaire élargi à d'autres institutions	peu	x	x	x
3	Instruction facultative	peu	x	x	o
<u>Solutions basées sur une obligation</u>					
4	Enseignement scolaire obligatoire	toutes	x	o	o
5	Services d'instruction obligatoires	toutes	xx	xx	o
6	Obligation de servir pour les femmes de certaines professions	1) certaines	xx	xx	x
7	Obligation générale de servir (service unique pour l'obtention d'une formation de base)	toutes	x	x	x
8	Obligation générale de servir (avec des services répétés)	toutes	x	xx	x

x = oui

xx = de façon répétée

o = non

1) = toutes celles de certaines professions

aspects de la défense générale peuvent toutefois être traités dans le cadre d'autres branches enseignées dans les écoles secondaires et professionnelles. Le cas échéant, il conviendrait de créer des moyens auxiliaires d'enseignement appropriés afin de motiver le professeur à se charger de cette tâche.

Modèle 5

Si l'on se prononce en faveur d'une formation obligatoire, c'est alors le modèle 5 qui est le plus approprié et le mieux réalisable. Si l'on fait les efforts nécessaires pour motiver la gente féminine, ce modèle pourrait même être

réalisé sur la base du volontariat. Il serait alors possible de mieux utiliser les frais administratifs encourus et de renforcer la formation des instructeurs indispensables à cette tâche. En outre, la formation donnée à des volontaires obtiendrait plus de succès que celle dispensée à des femmes qui auraient l'obligation de la suivre.

Modèle 6

Il faut rejeter ce modèle pour des motifs d'égalité de traitement. Ce modèle serait très dommageable à l'intérêt de la profession et aurait ainsi un effet contre-indiqué à tous égards.

Modèle 7

Les frais administratifs nécessaires à la réalisation de ce modèle seraient sans commune mesure avec les succès que l'on pourrait obtenir. En effet, sauf à organiser des exercices de perfectionnement et des cours de répétitions, les connaissances acquises en une fois seraient rapidement oubliées.

Modèle 8

De tous les modèles contraignants, celui-ci est le plus efficace. Mais il n'est réalisable ni d'un point de vue référendaire ni sur le plan des frais administratifs.



Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, installations de protection civile, etc. Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minimale. Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.
1010 Lausanne, Tél. 021/32 92 90
Succursales: Münsingen BE,
Hofstetten SO, Degersheim SG,
Oberhasli ZH, Gordola TI

KRÜGER

MISTRAL

Luftentfeuchter
Mistral schützt Produkte und
Einrichtungen

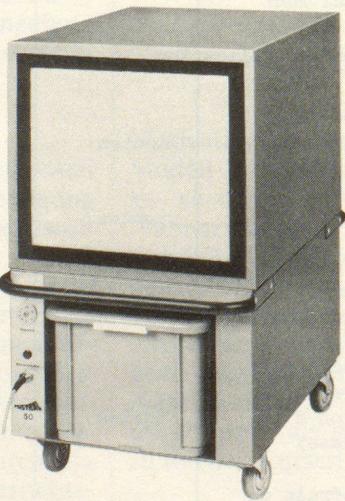
Wollen Sie im Keller, in der Werkstatt, im Archiv oder in einem Lager Erzeugnisse vor Feuchtigkeit schützen, so hilft Mistral. Der Luftentfeuchter Mistral erzeugt an jedem Ort ein ideales Klima und bewahrt vor Feuchtigkeitsschäden.

Mistral Luftentfeuchter gibt es in verschiedenen Größen und Leistungsstärken. Sie sind zuverlässig, wartungsfrei und solide.

Herstellung in der Schweiz.

Bitte verlangen Sie mehr Information bei.

Roth-Kippe AG
Gutstrasse 12, 8055 Zürich
Tel. 01 461 11 55



roth-kippe ag

Roth-Kippe stellt auch Wäschetrockner, Heizgeräte, Luftbefeuchter und Luftreiniger her.



Unsere

Inserenten

unterstützen
den «Zivilschutz»

**Delegiertenversammlung
1984:
22. September in Basel**

Die Delegiertenversammlung 1984 des Schweizerischen Zivilschutzverbandes findet am 22. September in Basel statt. Reservieren Sie sich diesen Tag schon heute. Über das Programm werden die Mitglieder des SZSV rechtzeitig informiert werden.

**Assemblée des délégués
1984:
le 22 septembre, à Bâle**

L'Assemblée des délégués 1984 de l'Union suisse pour la protection civile aura lieu le 22 septembre, à Bâle. Réservez d'ores et déjà cette date. Les membres de l'USPC seront informés en temps utile sur le programme de cette assemblée.

**Assemblea dei delegati
1984:
22 settembre a Basilea**

L'Assemblea dei delegati del 1984 dell'Unione svizzera per la protezione civile si terrà il 22 settembre a Basilea. Riservatevi la giornata già sin da ora. I membri dell'USPC saranno informati a tempo sul programma.

Das neue Buch

Chemische Gifte und Kampfstoffe Wirkung und Therapie

Im Allgemeinen Teil des vorliegenden Buches werden die für die Kenntnis der Giftwirkung wesentlichen physikalisch-chemischen und biologischen Gesetzmäßigkeiten vermittelt, während im Speziellen Teil eine Reihe von Giften abgehandelt wird, die in einem chemischen Krieg möglicherweise angewandt werden. Beschrieben werden die Gifte, die in Vergangenheit und Gegenwart als Kampfstoffe verwendet wurden oder in Zukunft verwendet werden könnten, aber auch jene, die

von mehreren Staaten nachweislich gelagert sind. Aus dem Inhalt: Augenreizstoffe, Nasen- und Rachenreizstoffe, Lungenkampfstoffe, Nervenkampfstoffe, Gifte des Zellatmungs- und Zellstoffwechsels (Blausäure, Arsen), Psychogifte, Toxine, Nebel- und Brandstoffe. Jedes Kapitel des Speziellen Teils enthält: Geschichte, chemische Struktur, physikalisch-chemische Eigenschaften, Einsatzformen, Einsatzmittel, Vergiftungswege, Wirkungsmechanis-

mus des Giftes und der Antidote, Toxizität, Symptome und Diagnostik, Schutzmassnahmen und Dekontamination, Therapie, Prognose. Chemische Gifte und Kampfstoffe, Wirkung und Therapie. Von R. Klimmek, L. Szinicz, N. Weger, München, Pharmakologisches Institut der Universität, 132 Seiten, 22 Abbildungen, 19 Tabellen, 15,5×23 cm, kartoniert, DM 58.-, Hippocrates Verlag GmbH.

Haben Sie das Buch schon bestellt?

Kennen Sie die Geschichte des passiven (blauen) Luftschutzes und des Zivilschutzes? Sind Sie über die Entwicklungen bei den Gelbhelmen informiert? Wenn nein, dann ist es höchste Zeit, das Standardwerk «Vom Luftschutz zum Zivilschutz» anzufordern. Robert Aeberhard, Informationschef des Bundesamtes für Zivilschutz,

schuf als fundierter Kenner der Materie den ersten Bildband über den Bevölkerungsschutz unseres Landes. Das Werk umfasst 200 Seiten und 252 Bilder, davon 78 vierfarbig, es vertieft das Verständnis für die Anliegen und Aufgaben des Zivilschutzes unserer Zeit.

Das Buch eignet sich auch bestens als

Geschenk für verdiente Zivilschützer. «Vom Luftschutz zum Zivilschutz». Von Robert Aeberhard. Erschienen im Verlag Vogt-Schild AG, Solothurn. Zu beziehen beim Zentralsekretariat des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, Postfach 2259, 3001 Bern (Telefon 031 25 65 81).



Talon

Hiermit bestelle ich ___ Exemplar(e) des Buches «Vom Luftschutz zum Zivilschutz» von Robert Aeberhard zum Preis von Fr. 39.50.

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Datum / Unterschrift _____

Einsenden an SZSV, Postfach 2259, 3001 Bern.